

Grossratssession Dezember 2015: Bericht der SP-See-Deputation

Eine Änderung des Gesetzes über die indirekten Kantonssteuern erlaubt es künftig pflegenden Angehörigen, die Entschädigung für ihre Arbeit in Form eines Sozialabzugs bis zu einem Betrag von CHF 9'000 von den Steuern abzuziehen.

Jugendliche mit Schwierigkeiten: Der Grosse Rat hat ein Postulat angenommen, das eine umfassendere Begleitung von Jugendlichen mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung fordert. Der Staatsrat will es nicht nur mit einem Ausbau des Zentrums für Vorbildung in Grolley bewenden lassen, sondern möchte auch, dass die Kommission für Jugendliche mit Schwierigkeiten bei der beruflichen Eingliederung (KJS) Möglichkeiten für die Umsetzung eines Gesamtkonzepts prüft.

Gesetzesänderungen im Bereich der Institutionen: Bürgerrecht: Ist für Bürgerinnen und Bürger in fusionierten Gemeinden der bisherige Heimatort wichtig, können sie innert einer Frist von zwei Jahren für sich persönlich beantragen, dass ihr bisheriger Heimatort in Klammern nach dem neuen Heimatort steht.

Zivilstandswesen: Unter dem heutigen System der sieben unterschiedlich grossen Zivilstandskreisen ist es bisweilen schwierig, die Arbeit gleichmässig auf die Ämter zu verteilen. Daher wird das Zivilstandswesen künftig auf kantonaler Ebene zusammengeführt, während die Tätigkeiten weiterhin an verschiedenen Standorten des Kantons ausgeführt werden. **Neuer Stimmrechtsausweis:** Die Schweizerische Post AG hat ein neues zertifiziertes Zweiwegkuvert für das Stimmmaterial ausgearbeitet. Das neue Kuvert kann jedoch aus technischen Gründen nicht mehr wie bis anhin gleichzeitig als Stimmrechtsausweis verwendet werden.

Aufgabe der Steueramnestiepläne: Staatsrat Godel musste vor den von den Bürgerlichen unterstützten Amnestieplänen kapitulieren. Das Bundesgericht hatte zuvor ein solches Vorhaben des Kantons Tessin zu Recht aufgehoben, weil es das Grundrecht der Steuergleichheit verletzen würde. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich vom ersten Augenblick an gegen eine solche Amnestie gewehrt, weil sie die ehrlichen Steuerzahler in grober Weise unfair behandeln und bestrafen würde. Sie unterstreicht vielmehr, dass es schon heute mit der straflosen Selbstanzeige eine gerechtere Art der Regularisierung von Schwarzgeld gebe und die Steuerverwaltung dazu bereitwillig Auskunft erteile.

Fusion mit Clavaleyres: Die SP-Fraktion freut sich, dass der Staatsrat gestützt auf die Anfrage von Grossrätin Bernadette Hänni dem Grossen Rat vorschlug, die Fusionspläne zwischen Murten und der kleinen bernischen Enklave Clavaleyres (100 ha; 48 Einwohner) zu unterstützen. Der Grosse Rat tat dies ohne Gegenstimme, nachdem die gleiche Grossrätin den guten Zustand der Gemeinde bezüglich der Infrastrukturen hervorhob. Für den Kanton Freiburg und die Gemeinde Murten, mit der bereits eine enge Zusammenarbeit besteht, ist es wichtig zu wissen, dass mit der Fusion keine Katze im Sack übernommen wird. Das Fundament für das nicht einfache Verfahren des interkantonalen Zusammenschlusses ist nun gelegt. Im Herbst 2016 wird ein entsprechendes Gesetz erwartet und der Abschluss der Fusion mit der Zustimmung des Bundesparlaments ist spätestens auf 2021 zu erwarten.

Die SP-Deputation: Sabrina Fellmann, Hugo Raemy, Bernadette Hänni-Fischer